

Zu TOP 30: Anträge der FWG-Fraktion zum Haushaltsplan 2021/ 2022 Vorlagen-Nr. 2021/0075

Drucklegung: 26.02.2021
(Eingabe in more: Klaus, Bärbel)

Beschlussvorschlag:

Satzung:

Anträge:

1.§8 Abs.3 der Satzung wird gestrichen

oder:

§8 Abs.3 der Satzung wird ergänzt um: Die Stadtverordnetenversammlung ist in Form einer schriftlichen Mitteilungsvorlage zu informieren

Begründung: Kontrolle des Finanzwesens

2.§ 8 Abs. 6: Die Summe von 145.000€ wird durch 50.000€ ersetzt und die Passage „ohne Folgekosten“ wird gestrichen.

Begründung: § 12 GemHVO ist ein wichtiger Bestandteil der Kontrollmöglichkeiten der Stadtverordnetenversammlung. Durch die für Nidderau hohe Summe, wird den Stadtverordneten der Wirtschaftlichkeitsvergleich vorenthalten. In § 12 GemHVO steht zudem, „durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich unter Einbeziehung der Folgekosten“. Eine Satzungsregelung kann diese Vorschrift nicht aushebeln oder anders regeln.

In der GemHV § 12 Abs. 1 sind die Gesamtkosten einschließlich der Folgekosten definiert. Ebenso in den Hinweisen zu § 12 in Ziffer 1. § 8 Abs. 6 definiert die Maßnahme von erheblicher Bedeutung, die nach dem Sinn und Zweck sich nur auf die Gesamtkosten beziehen kann, ohne solche. Die Gesamtkosten sind aber von grundsätzlicher Bedeutung.

Sofern die Verwaltung auf dieser für Nidderau erheblichen Summe besteht, wird um Anführung von Beispielen gebeten, in welchem Fall das erforderlich sein soll.

Anträge:

1. 119-541-7 – Streichung des Ansatzes in Höhe von 50.000€.

Begründung: Eine Planung wurde bereits erstellt.

2. Es ist eine Investitionsnummer für allgemeine Markierungs- und Demarkierungsmaßnahmen zu bilden. Begründung: Kleinere Markierungsmaßnahmen bedürfen nicht unbedingt eines eigenen Ansatzes. Zu prüfen ist, ob es sich tatsächlich um investive Maßnahmen handelt.

3. 121-112-7: Für den Ausbau des Dachgeschosses wird eine Planung vorgelegt, sowie ein Vergleich Neubau an anderer Stelle mit mehr Platz geplant. Begründung: Auch mit dem Rathausausbau ist nicht sichergestellt, dass alle Mitarbeiter entsprechend untergebracht werden können. Zudem sollte aus Kostengründen das Familienzentrum nach Ablauf der Mietdauer in eigenen Räumen untergebracht werden können.

4. Der Personalkostenansatz wird um 10% gekürzt. Die Stellen des Teil C bleiben davon ausgenommen.

Begründung: Eine Durchsetzung der Wiederbesetzungssperre erscheint unmöglich, wenn jede freigewordenen Stelle umgehend neu besetzt und mit einer zusätzlichen dreimonatigen Einarbeitungszeit versehen wird. Eine Wiederbesetzungssperre hat den Zweck zu prüfen, ob durch neue Arbeitseinteilung Stellen eingespart werden können. Aufgrund der Tatsache, dass bisher jede Neubesetzung sofort und sogar noch mit Überschneidung erfolgte, lässt sich eine Einsparung nicht realisieren.

5. Streichung des Ersten Stadtrats ab 2022.

Begründung: Die Besoldung B2 bringt eine Ersparnis von 100.000€. Vergleichbare Städte schaffen den Arbeitsanfall ohne eine solche Stelle.

6. Senkung des Hebesatzes Grundsteuer B um 150 Punkte

Begründung: Laut Aussage der rot/grünen Koalition hat man in den letzten zwei Jahren eine solide Haushaltsführung geleistet. Das ordentliche Ergebnis weist seit 2018 einen Überschuss auf, der gerade in Corona-Zeiten den Bürger entlasten kann und soll. Die Finanzierung ergibt sich aufgrund der Minderung der Kreisumlage um 2,5%, die bisher im Haushalt nicht eingepreist ist sowie der hier gemachten Einsparungsvorschläge.

7. Schaffung eines Ansatzes: Allgemeine Planungsmittel in die u.a. die 50.000€ (Invest.-Nr.- 119-541-7

Auch kleinere Maßnahmen bedürfen einer Planung. Der Ansatz ermöglicht die flexible Handhabung und zeitnahe Beauftragung.

8. Sperrung der Ansätze 421-351-1 und 421-351-2

Begründung: Eine realisierbare Planung liegt nicht vor.

Fragen/Bitte um Unterlagen

Vorbericht:

1.2 Tabelle Es wird um eine detaillierte Auflistung der Abschreibungen

(Wirtschaftsgut, Anschaffungsjahr, Anschaffungs./Herstellungskosten, Abschreibungszeitraum, Abschreibungsbetrag, Restwert) gebeten. Welche Abschreibungen fallen in welcher Höhe für welche Maßnahme an, dass sich die Abschreibungen von in 2019 938.075,14€ auf 2.637.467€ in 2021 erhöhen? Wie hoch sind die in den Abschreibungen enthaltenen Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigungen 2018 bis 2020)

Personalkosten: größere Kostensteigerungen wegen Gute Kita-Gesetz. Bisher hieß es, dass wir durch die Nidderauer Standards keine Not zur weiteren Einstellung hätten. Was hat sich verändert?

Kreis- und Schulumlage: Anpassung an Senkung um 2,5% erforderlich

Bitte Vorlage einer Übersicht über den Posten Auflösung aus Investitionszuweisungen (betroffene Investitionen, Höhe der Zuweisung, Auflösungszeitraum, Auflösungsbetrag a.o. Auflösungen)

417-351-1: Die Machbarkeitsstudie wurde 2018 erstellt. Warum sind in 2020 Mittel in Höhe von 6.000€ angefallen?

Die FWG behält sich vor, nach den Erklärungen zu den einzelnen Ansätzen, weitere Anträge zu stellen.

Beratung:

Beschlussvorschlag:

Satzung:

Anträge:

1. §8 Abs.3 der Satzung wird gestrichen

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Über den Antrag den § zu streichen wird abgestimmt.
Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(3)	SPD (0), Grüne (0), CDU (2), FWG (1)
Nein-Stimmen	(4)	SPD (3), Grüne (1), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(9)	SPD (0), Grüne (0), CDU (6), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(18)	SPD (13), Grüne (5), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Zum Zeitpunkt der Abstimmung zu diesem TOP war ein Mitglied der CDU-Fraktion nicht im Sitzungssaal anwesend.

oder:

§8 Abs.3 der Satzung wird ergänzt um: Die Stadtverordnetenversammlung ist in Form einer schriftlichen Mitteilungsvorlage zu informieren

Begründung: Kontrolle des Finanzwesens

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Über den Antrag den § zu ergänzen wird abgestimmt.
Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(3)	SPD (0), Grüne (0), CDU (2), FWG (1)
Nein-Stimmen	(4)	SPD (3), Grüne (1), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(10)	SPD (0), Grüne (0), CDU (7), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(18)	SPD (13), Grüne (5), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

2.§ 8 Abs. 6: Die Summe von 145.000€ wird durch 50.000€ ersetzt und die Passage „ohne Folgekosten“ wird gestrichen.

Begründung: § 12 GemHVO ist ein wichtiger Bestandteil der Kontrollmöglichkeiten der Stadtverordnetenversammlung. Durch die für Nidderau hohe Summe, wird den Stadtverordneten der Wirtschaftlichkeitsvergleich vorenthalten. In § 12 GemHVO steht zudem, „durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich unter Einbeziehung der Folgekosten“. Eine Satzungsregelung kann diese Vorschrift nicht aushebeln oder anders regeln.

In der GemHV1 § 12 Abs. 1 sind die Gesamtkosten einschließlich der Folgekosten definiert. Ebenso in den Hinweisen zu § 12 in Ziffer 1. § 8 Abs. 6 definiert die Maßnahme von erheblicher Bedeutung, die nach dem Sinn und Zweck sich nur auf die Gesamtkosten beziehen kann, ohne solche. Die Gesamtkosten sind aber von grundsätzlicher Bedeutung.

Sofern die Verwaltung auf dieser für Nidderau erheblichen Summe besteht, wird um Anführung von Beispielen gebeten, in welchem Fall das erforderlich sein soll.

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Über den Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(3)	SPD (0), Grüne (0), CDU (2), FWG (1)
Nein-Stimmen	(4)	SPD (3), Grüne (1), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Beratung STVV 18.02.2021:

Es gibt Wortmeldungen von Frau Abel und Herrn Knapp.

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(10)	SPD (0), Grüne (0), CDU (7), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(18)	SPD (13), Grüne (5), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Anträge:

1. 119-541-7 – Streichung des Ansatzes in Höhe von 50.000€.

Begründung: Eine Planung wurde bereits erstellt.

Beratung HFA 03.02.21:

Der Antrag wird zurück gezogen, da unter dem neu gestellten Antrag der Fraktion SPD/Bündnis 90 Die Grünen der Sachverhalt bereits berücksichtigt wurde.

Keine Abstimmung

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird zurückgezogen. Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

2. Es ist eine Investitionsnummer für allgemeine Markierungs- und Demarkierungsmaßnahmen zu bilden. Begründung: Kleinere Markierungsmaßnahmen bedürfen nicht unbedingt eines eigenen Ansatzes. Zu prüfen ist, ob es sich tatsächlich um investive Maßnahmen handelt.

Beratung HFA 03.02.21:

Der Antrag wird zurück gezogen

Keine Abstimmung

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird zurückgezogen. Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

3. 121-112-7: Für den Ausbau des Dachgeschosses wird eine Planung vorgelegt, sowie ein Vergleich Neubau an anderer Stelle mit mehr Platz geplant. Begründung: Auch mit dem Rathausausbau ist nicht sichergestellt, dass alle Mitarbeiter entsprechend untergebracht werden können. Zudem sollte aus Kostengründen das Familienzentrum nach Ablauf der Mietdauer in eigenen Räumen untergebracht werden können.

Beratung HFA 03.02.21:

Über den Antrag wurde bei LFD-Nr. 76 - TOP 12 - Vorlagen-Nr. 2021/0063 abgestimmt

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Über den Antrag wurde bereits bei Vorlagen-Nr. 2021/0063 abgestimmt

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

4. Der Personalkostenansatz wird um 10% gekürzt. Die Stellen des Teil C bleiben davon ausgenommen.

Begründung: Eine Durchsetzung der Wiederbesetzungssperre erscheint unmöglich, wenn jede freigewordenen Stelle umgehend neu besetzt und mit einer zusätzlichen dreimonatigen Einarbeitungszeit versehen wird. Eine Wiederbesetzungssperre hat den Zweck zu prüfen, ob durch neue Arbeitseinteilung Stellen eingespart werden können. Aufgrund der Tatsache, dass bisher jede Neubesetzung sofort und sogar noch mit Überschneidung erfolgte, lässt sich eine Einsparung nicht realisieren.

Beratung HFA 03.02.21:

Der Bürgermeister erläutert das bereits über den Magistrat eine Kürzung erfolgt ist und keine weitere Kürzung mehr möglich ist.

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Über den Antrag wird abgestimmt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(1)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (1)
Nein-Stimmen	(4)	SPD (3), Grüne (1), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen	(2)	SPD (0), Grüne (0), CDU (2), FWG (0)

Beratung STVV 18.02.2021:

Frau Abel formuliert den Antrag der FWG-Fraktion dahingehend um, dass die Personalkosten realistisch anhand der Stellen im Stellenplan geplant werden sollen und auf diesen Betrag eine Kürzung von 5 % angewandt wird.

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(3)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(18)	SPD (13), Grüne (5), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(7)	SPD (0), Grüne (0), CDU (7), FWG (0)

5. Streichung des Ersten Stadtrats ab 2022.

Begründung: Die Besoldung B2 bringt eine Ersparnis von 100.000€. Vergleichbare Städte schaffen den Arbeitsanfall ohne eine solche Stelle.

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Über den Antrag wird abgestimmt.
Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(1)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (1)
Nein-Stimmen	(5)	SPD (3), Grüne (1), CDU (1), FWG (0)
Enthaltungen	(1)	SPD (0), Grüne (0), CDU (1), FWG (0)

Beratung STVV 18.02.2021:

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(3)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(18)	SPD (13), Grüne (5), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(7)	SPD (0), Grüne (0), CDU (7), FWG (0)

6. Senkung des Hebesatzes Grundsteuer B um 150 Punkte

Begründung: Laut Aussage der rot/grünen Koalition hat man in den letzten zwei Jahren eine solide Haushaltsführung geleistet. Das ordentliche Ergebnis weist seit 2018 einen Überschuss auf, der gerade in Corona-Zeiten den Bürger entlasten kann und soll. Die Finanzierung ergibt sich aufgrund der Minderung der Kreisumlage um 2,5%, die bisher im Haushalt nicht eingepreist ist sowie der hier gemachten Einsparungsvorschläge.

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Der Antrag wurde um die Grundsteuer A ergänzt.
Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(3)	SPD (0), Grüne (0), CDU (2), FWG (1)
Nein-Stimmen	(4)	SPD (3), Grüne (1), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Beratung STVV 18.02.2021:

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(10)	SPD (0), Grüne (0), CDU (7), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(18)	SPD (13), Grüne (5), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

7. Schaffung eines Ansatzes: Allgemeine Planungsmittel in die u.a. die 50.000€ (Invest.-Nr.- 119-541-7

Auch kleinere Maßnahmen bedürfen einer Planung. Der Ansatz ermöglicht die flexible Handhabung und zeitnahe Beauftragung.

Beratung HFA 03.02.21:

Der Antrag wird zurück gezogen, da unter dem neu gestellten Antrag der Fraktion SPD/Bündnis 90 Die Grünen der Sachverhalt bereits berücksichtigt wurde.

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Der Antrag wird zurückgezogen, da bereits durch Antrag SPD/Grüne erledigt.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Antrag 8 en bloc möglich.

8. Sperrung der Ansätze 421-351-1 und 421-351-2

Begründung: Eine realisierbare Planung liegt nicht vor.

Beschluss HFA 03.02.21, öffentlich beschließend:

Es wird darüber abgestimmt das auf die Investitionsnr. 421-351-1 kein Sperrvermerk und auf die Investitionsnr. 421-351-2 ein Sperrvermerk gesetzt wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen	(7)	SPD (3), Grüne (1), CDU (2), FWG (1)
Nein-Stimmen	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Investitionsnr. 421-351-1 erhält keinen Sperrvermerk. Investitionsnr. 421-351-2 wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis en bloc:

Ja-Stimmen:	(28)	SPD (13), Grüne (5), CDU (7), FWG (3)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Fragen/Bitte um Unterlagen

Vorbericht:

1.2 Tabelle Es wird um eine detaillierte Auflistung der Abschreibungen (Wirtschaftsgut, Anschaffungsjahr, Anschaffungs-/Herstellungskosten, Abschreibungszeitraum, Abschreibungsbetrag, Restwert) gebeten. Welche Abschreibungen fallen in welcher Höhe für welche Maßnahme an, dass sich die Abschreibungen von in 2019 938.075,14€ auf 2.637.467€

in 2021 erhöhen? Wie hoch sind die in den Abschreibungen enthaltenen Wertberichtigungen (Einzel- und Pauschalwertberichtigungen 2018 bis 2020)

Beratung HFA 03.02.21:

Stellungnahme wird abgegeben

Keine Abstimmung

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Personalkosten: größere Kostensteigerungen wegen Gute Kita-Gesetz. Bisher hieß es, dass wir durch die Nidderauer Standards keine Not zur weiteren Einstellung hätten. Was hat sich verändert?

Beratung HFA 03.02.21:

Stellungnahme wird abgegeben

Keine Abstimmung

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Kreis- und Schulumlage: Anpassung an Senkung um 2,5% erforderlich

Beratung HFA 03.02.21:

In dem eingebrachten Haushaltsentwurf ist bereits eine Senkung von 2 % berücksichtigt. Die weitere Senkung von 0,5 % wird aufgenommen.

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

Bitte Vorlage einer Übersicht über den Posten Auflösung aus Investitionszuweisungen (betroffene Investitionen, Höhe der Zuweisung, Auflösungszeitraum, Lösungsbetrag a.o. Auflösungen)

Beratung HFA 03.02.21:

Stellungnahme wird abgegeben

Keine Abstimmung

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)

417-351-1: Die Machbarkeitsstudie wurde 2018 erstellt. Warum sind in 2020 Mittel in Höhe von 6.000€ angefallen?

Beratung HFA 03.02.21:

Stellungnahme wird abgegeben

Keine Abstimmung

Beschluss STVV 18.02.2021, öffentlich beschließend:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Nein-Stimmen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)
Enthaltungen:	(0)	SPD (0), Grüne (0), CDU (0), FWG (0)